Offizielles Organ des Arbeiter- und Soldatenrats

Anzeigenpreise:
Die neungespalt. Nonpareillezeile 55 ₰
Inserate für auswärts . . . . . 60 ₰
Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen . . . . . 15 ₰
Die viergespaltene Reklamezeile . 1.20 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unseren Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen . . . . . monatlich 1.60 ₰
vierteljährlich 4.80 ₰
Durch die Post bezogen außerdem noch Zustellgebühr . monatlich 14 ₰
Einzelnummern . . . . . 10 ₰
Postscheckkonto Danzig Nr. 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: In Danzig Paradiesgasse 32. In Thorn Baderstr. 23.
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Danzig: Redaktion 3795. Expedition 3290. Für Thorn: 851.

Nr. 89 | Donnerstag, den 17. April 1919 | 10. Jahrgang

Der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag!

Die Nationalversammlung erhob gesterk den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Nicht nur Sozialdemokraten waren es, die dafür eintraten, auch Demokraten und ein Teil des Zentrums. Gerechten Frieden und volle Gleichberechtigung im Völkerbund fordert das neue Deutschland. Die führende Partei, die Sozialdemokratie, hat schon lange vor dem Kriege die Gerechtigkeit im Leben der Völker vertreten. Jetzt ist es ihr unter dem Druck der Kriegsfolgen gelungen, auch bürgerliche Politiker von der Richtigkeit ihrer Forderung zu überzeugen.

Das neue Deutschland bekundet laut, daß es nichts gemein hat mit dem alten, in dem der Säbel herrschte. Es ist ein anderes geworden. Darum ruft es den Weltfeiertag der Arbeit zum Nationalfeiertag aus. Aber auch, um das Gewissen des gesamten arbeitenden Volkes in allen Ländern zu wecken, das, wenn es einen dauernden Frieden will, ebensowenig wie wir wünschen kann, daß man Deutschland zum Reich der Sklaven des Entente-Kapitalismus macht.

So bereit wir sind, ein tätiges Glied im Bunde der Völker zu werden, so energisch müssen wir aber auch am 1. Mai betonen, daß wir jede Entente-Knechtschaft von uns weisen.

*

Verhandlungsbericht.

Weimar, 15. April.

Nach Erledigung einiger Anfragen folgt die erste Lesung der Vorlage zur Feststellung des 1. Mai als Nationalfeiertag. Nach der Regierungsvorlage sollte der 1. Mai zum allgemeinen Nationalfeiertag erhoben werden.

Hierzu beantragen die Abgg. v. Payer (Demok.) und Müller-Breslau (Soz.) eine Aenderung, daß ein allgemeiner Feiertag eingeführt wird, für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird. In diesem Jahre wird der 1. Mai gefeiert.

Die Unabhängigen beantragen, auch den 9. Nov. zu einem allgemeinen Feiertag zu machen.

Reichsminister Dr. David: Die Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft mit einem Schlage die Erfüllung der Forderung des Achtstundentages gebracht. Aber auch bei den anderen Völkern muß der gleiche Schritt auf der Bahn sozialpolitischer Einrichtungen getan werden. Daher fordern wir die internationale Festlegung des Achtstundentages und der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung auf der Friedenskonferenz. Pflicht der organisierten Arbeiter auch in andern Ländern der Entente ist es jetzt, das in Deutschland Errungene international zu sichern. Noch werden erbitterte Kämpfe geführt zwischen Parteien und Schichten im unserm Volke; aber der ernste Wille, auf der neuen politischen Grundlage die Gegensätze zu überwinden, sollte am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden.

Und noch einem zweiten Ideal gilt der 1. Mai: dem Ideal einer dauernden Gemeinschaft der Völker. Die lebenden Generationen, die draußen oder in der Heimat diesen Krieg durchlebt haben, wollen keinen Krieg mehr. Sie wollen aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskinder vor ähnlichen Katastrophen bewahrt bleiben. Nur auf der Grundlage eines gerechten, auch für das deutsche Volk annehmbaren Friedens kann die Gewähr seiner Dauer geschaffen werden. Das soll am 1. Mai als der entschlossene Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkerfriedens zum Bewußtsein gebracht werden. Die Regierung nimmt den demokratisch-sozialdemokratischen Antrag an.

Abg. Ehrhardt (Z.): Die große Mehrheit meiner Parteifreunde ist nicht in der Lage, dem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Mit unserm Antrag nehmen wir dem Tage den Charakter eines Kampftages, den er früher hatte. Auf welchen Tag wir die Feier verlegen, behalten wir uns vor. Für das laufende Jahr ist der 1. Mai die rechte Zeit.

Abg. Kölzsch (Dt.-nl.): Es wirkt auf uns im höchsten Grade befremdend und ernüchternd, daß man in dieser Zeit einen Feiertag einführen will. Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Haase (U. S.): Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkerverbrüderung und Völkerversöhnung und werden mit uns den 1. Mai feiern. Wird unser Antrag abgelehnt, so steht die Nationalversammlung der Revolution verständnislos und feindlich gegenüber.

Reichsminister Dr. David: Der Vorschlag, den 9. November ebenfalls zum Feiertag zu erheben, erscheint verfrüht. Wenn der Abg. Kölzsch die christlich Denkenden in diesem Hause zur Ablehnung des Gesetzes auffordert, so ist es mir nicht klar, in wie fern die Lehren und Forderungen des Christentums sich im Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Feiertag geweiht sein soll. Ich bitte Sie (zur Rechten gewandt), dieselbe Toleranz gegen anders Denkende zu üben, die anders Denkende Ihnen erweisen.

Abg. Dr. Mitzelmann (Dt. V.): Wir betrachten dieses Gesetz als eine Herausforderung des ganzen deutschen Bürgertums. Wir bedauern, daß die Regierung auch in diesem Falle eine Politik treibt, die ihren Ausgangspunkt nimmt von der Rücksicht auf die Straße. Wir beantragen namentliche Abstimmung, um vor dem ganzen Lande und der ganzen Geschichte zu zeigen, wer aus den bürgerlichen Parteien dieser Gesetzesungeheuerlichkeit zustimmt.

Abg. Hildebrand (S.): Eine Ablehnung der Vorlage würde den inneren Frieden nicht herbeiführen; sie würde vielmehr ein Signal werden, den 1. Mai nun erst recht zu feiern.

In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Antrag Payer-Müller wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, eines Teils der Demokraten und einiger Zentrumsabgeordneter angenommen. In der dritten Beratung wird der Antrag Payer-Müller in namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen.

Darauf wird das Ermächtigungsgesetz in der Ausschußfassung angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Kaligesetzes. Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage mit der Aenderung angenommen, daß spätestens bis zum 1. April 1920 eine Regelung der Materie durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß.

Von den Unabhängigen liegt ein Antrag auf Einarbeitung des Rätesystems in den Kalibergbau vor. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen. Hierauf verliest Ministerpräsident Scheidemann diese

Osterbotschaft des Reichspräsidenten.

„Die Nationalversammlung als die berufene Vertretung des deutschen Volkes hat die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung zustimmt. Ich begrüße diese Kundgebung als das Bekenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Frieden ein Frieden dauernder Versöhnung sein soll. Nationalversammlung und Reichsregierung arbeiten an ihrer großen historischen Aufgabe: Frieden, Brot und Arbeit und eine neue Staatsform zu schaffen. Diese Aufgabe ist uns erschwert, weil wir noch immer nicht den Frieden haben. Die Verantwortung für alle Folgen kommt auf unsere Feinde. Aber auch der innere Kampf droht unser Staats- und Wirtschaftsleben völlig zu vernichten. Eine Handvoll Unruhestifter will planmäßig den Ausbau der deutschen Republik stören. Wir wollen einen deutschen Volksstaat errichten. Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden, aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkel, in den Abgrund. Die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland in wenigen Monaten ruinieren. Für berechtigte wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wird die Regierung eintreten, aber sinnlose politische Streiks müssen zur Verelendung führen. Gegen Gewaltakte terroristischer Elemente müssen wir entschieden einschreiten. Frieden nach außen ist notwendig, aber auch Frieden und Arbeit im Innern. Die mahnende Bitte gilt dem ganzen Volke: Laßt ab von der Selbstzerfleischung! Arbeitet! Unser neues Deutschland darf nicht zuschanden werden."

Der Verlesung folgt lebhafter Beifall bei allen Parteien. Das Haus geht in die Osterferien. Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. — Schluß 3 Uhr.

Zum 25. April

sollen nach Wilsons Erklärung im Rat der Vier die deutschen Friedensunterhändler nach Paris gerufen werden. Wilson selbst will bereits vor dem 1. Mai Europa verlassen. In Paris ist man der Ansicht, daß die Präliminarfriedensverhandlungen in ein bis drei Wochen erledigt sein werden.

Des Volkes Stimme.

Berlin, 15. April. (W. T. B.) Der französische allgemeine Arbeiterverband der fast zwei Millionen Mitglieder zählt verbreitet einen Aufruf, in welchem es heißt: „Vom August 1914 bis November 1918 ist uns zu wiederholten Malen gesagt worden, daß wir für das Recht kämpfen. Die feierlich gemachten Zusagen auf allgemeine Abrüstung werden heute gebrochen. Unsere Diplomaten legen uns heute den Plan eines Völkerbundes vor, der nicht eine Gesellschaft von Nationen ist, wie sie in Wilsons 14 Punkten niedergelegt ist. Die Arbeiterklasse Frankreichs erhebt sich gegen diese Sabotage am Frieden. Die Völker können jährlich zu der Qual verurteilt werden. Abgaben zu leisten, die für den Ausgleich der Rüstungsbeute bestimmt sind. Der allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Blockadepolitik, jeden politischen Druck und jede bewaffnete Intervention. Er ruft die öffentliche Meinung und das Gewissen der sozialistischen Organisationen an, um gegen diese Zustände anzukämpfen. Er verurteilt jede Fortsetzung des Krieges und fordert den Abschluß eines wahren Friedens, den alle Völker unterschreiben können.

München.

Die Lage der bayerischen Regierung gilt, wie die Blätter übereinstimmend sagen, nach wie vor als ernst. Laut „Voss. Ztg." reiste gestern Ministerpräsident Hoffmann mit dem Militärminister mit unbekanntem Ziele von Bamberg ab.

Wie das „Berl. Tagebl." meldet, befinden sich seit gestern morgen große bayerische Truppenmassen mit Artillerie und Minenwerfern auf dem Wege nach der bayerischen Hauptstadt. Wann es dort zum entscheidenden Schlage kommen werde, sei noch nicht abzusehen. Es sei anzunehmen, daß die Regierung warten werde, bis sie im Umkreis von München über eine genügende und zuverlässige Anzahl tüchtiger Truppen verfüge.

Regierungs-Durcheinander.

Dem „Lok.-Anz." zufolge wäre in München der Anarchist Sandheimer ans Ruder gelangt und mit ihm die allerradikalste kommunistische Richtung. Von gestern abend in Bamberg eingetroffenen Reisenden wurde gleichlautend mitgeteilt, daß es zu Plünderungen, namentlich zahlreicher Nahrungsmittelgeschäfte, gekommen sei.

Wie das „Tagebl." berichtet, hat sich ein Aktionsausschuß in München unter der Führung Levienes und der Russen Leviné und Axelrad gebildet.

Nach Danzig Königsberg?

In einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde beschlossen, am Donnerstag in den Generalstreik einzutreten, falls die Behörden nicht folgende drei Punkte bewilligen:

1. Entfernung der Grenzschutztruppen aus Königsberg.
2. Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Verteilung der in militärischen Beständen vorhandenen Lebensmittel an die Zivilbevölkerung.

Diese Forderungen wurden durch eine Kommission Dienstag vormittag dem Kommandierenden General und dem Oberpräsidenten übermittelt. Im Verlaufe der Versammlung kam es zu Lärmszenen zwischen den Unabhängigen und den Kommunisten, da letztere eine politische Begründung des Generalstreikes verlangten, was die Unabhängigen ablehnten. Zur Zeit schweben Verhandlungen.

Vermeidung des Generalstreiks?

Königsberg, 15. April. (W. T. B.) Der in Aussicht geneilte allgemeine Ausstand wird, wie wir hören, vermieden werden. Die Verhandlungen haben dem Vernehmen nach zu einer Einigung auf der Grundlage geführt, daß der Belagerungszustand von Mittwoch mittag 12 Uhr ab versuchsweise aufgehoben wird, und daß die Grenzschutztruppen nach außerhalb der Stadt verlegt werden, mit Ausnahme eines Teils, der vertragsmäßig zur Sicherung der durchziehenden Truppen bestimmt ist. Ferner soll das Verfahren gegen die politisch Inhaftierten nach Möglichkeit beschleunigt werden. Der Forderung auf Verteilung der in militärischen Beständen vorhandenen Lebensmittel an die Zivilbevölkerung konnte nicht entsprochen werden.

*

Die Wirren im Reich.

Im Ruhrrevier hat sich in der gestrigen Mittags- und Nachtschicht die Zahl der Streikenden auf 262 111 belaufen, gegen 300 154 in den drei Schichten am Sonnabend. — In Düsseldorf wird noch gestreikt.

In Dresden ist Ruhe. Auch in Leipzig liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß mit Unruhen in nächster Zeit zu rechnen wäre. Der Streik im Zwickauer Revier dauert an, jedoch arbeiten jetzt im Zwickauer Kohlenrevier wieder 70 Prozent der Arbeiter. Die Metallarbeiter befinden sich noch im allgemeinen im Streik.

Wegen Kohlenmangels wird in Hamburg von Freitag an der gesamte Straßenbahnverkehr vorläufig auf acht Tage eingestellt.

Der Zentralrat.

Der vom Rätekongreß neugewählte Zentralrat, der aus 16 Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie, zwei Soldaten-Stellvertretern, einem Christlichsozialen, einem Bauernvertreter und einem Demokraten besteht, hat sich konstituiert. Als Vorsitzende hat er gewählt Cohen und Faak. Er wählte außerdem einen engeren Arbeitsausschuß von neun Personen, der aus acht Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie und dem demokratischen Flügel sowie Soldatenvertreter Scholz soll vorläufig dieser Arbeitsausschuß für die Erledigung soldatischer Angelegenheiten so lange beigeordnet werden, bis die Entscheidung über den Reichssoldatenrat gefallen ist. Der Aktionsausschuß von neun Mitgliedern will alle Geschäfte des Zentralrates führen. Sein Sitz ist nach wie vor im ehemaligen Preußischen Herrenhause. Plenarsitzungen des gesamten Zentralrates sollen nach Bedarf stattfinden. Man wird wohl mit regelmäßigen Sitzungen alle vier Wochen rechnen können.

Der Kongreß der Arbeiterräte

aus den Provinzen Ost- und Westpreußen hat am Sonntag, den 13. April, in Allenstein stattgefunden. Den Vorsitz führten Seemann-Königsberg und Piertner-Danzig gemeinschaftlich. Außer den Vertretern der Regierungen und Generalkommandos der beiden Provinzen waren, nach Parteien gezählt, 162 Mehrh.-Soz., 50 Unabh. und 19 Bürgerliche, zusammen 177 stimmberechtigte Delegierte der A.-R. anwesend. Die Verhandlungen fanden öffentlich statt, obwohl die U. S. P. widersprochen hatte. Ebenso wurden die Anträge der U. S. P. auf Ausschließung der Regierungsvertreter und Offiziere der Generalstäbe abgelehnt.

Reichskommissar Winnig sprach Begrüßungsworte namens der Regierung und führte dazu aus, daß der Kongreß ein Parlament der Arbeit sei. Er solle die Richtlinien für die Tätigkeit der A.-R. der beiden Ostprovinzen schaffen und die A.-R. mit ihren Aufgaben, Pflichten und Rechten bekanntmachen. Die Hauptpflicht aller ist Arbeit. Sie ist der Zweck aller Wohlstandes und aller Kultur. Die Beschlüsse mögen darum ausklingen in einer Huldigung der Arbeit und im Rufe zur Arbeit.

Zur Begründung des im Druck vorgelegten Entwurfes einer Geschäftsordnung für die A.-R. von Ost- und Westpreußen führte Reichskommissar Winnig aus, daß ihm die A.-R. immer wieder geklagt hätten, daß über den Umfang ihrer Rechte und Zuständigkeit Unklarheit herrsche, ferner darüber, was bei Differenzen mit der Behörde geschehen und wie die Entschädigung geregelt werden solle. Ein exekutivisches Recht der A.-R. gibt es noch nicht, sie haben bisher nur das Recht aus der Revolution ausgeübt. Nach Beratungen mit dem Provinzialrat in Königsberg (so heißt der ostpreußische Provinzial-Vollzugsausschuß) sei der vorgelegte Entwurf entstanden. Er halte sich eng an der bisherigen Praxis und will sie zum Gesetz machen. — Bis zur Zeit der Schaffung der Verfassung waren die Arbeiterräte die alleinige Quelle des Rechtes und der Macht der Revolution. Wenn sie auch eine Klassenvertretung sind, so sind sie doch berechtigt. Denn wenn sich eine Umwälzung vollzieht, dann muß die Klasse, welche die Umwälzung erstrebt und erreicht hat, also die Arbeiterklasse, die Quelle der Macht werden und ihre Vertretung bilden. Sie hat die Hinüberleitung der Macht in die neue Ordnung zu vollziehen und zu regeln. Im Januar und Februar hat sich wieder eine Umwälzung vollzogen, weil die Verfassung und die gesetzgebenden Körperschaften sich gebildet hatten. Aber die die Gesetze ausführenden Körperschaften der Revolution (Verwaltungsbehörden) sind noch nicht gebildet worden. Die Herren in den alten Verwaltungskörperschaften haben sich zwar bereiterklärt, unter der neuen Ordnung zu arbeiten. Es fällt einem Manne aber schwer, von heute auf morgen umzuarbeiten. Es wäre also nur halbe Arbeit, wenn zwar für neue Gesetzgeber, aber nicht auch für die ausübenden Verwaltungsorgane vorgesorgt würde. Darum muß die Verwaltung einstweilen im Geiste der neuen Zeit und Verfassung überwacht werden. Völlig kann das auch durch die Kontrolle der A.-R. nicht erreicht werden. Der Verwaltungsbeamtenkörper muß von oben herunter erneuert werden. Das geht nicht von heute auf morgen. Ersatz an erfahrenen Männern ist sehr erschwert, weil die fähigen geistigen Kräfte [illegible] von den Parteien, den Gewerkschaften, in unseren Büros und Redaktionen nötig bleiben, falls doch nicht Lücken und Schäden entstehen sollen. Wo nichts ist, da hat auch die Revolution ihr Recht verloren. Aber die Intelligenzen der Parteien sind durch die Revolution besonders stark gefördert und gebildet worden. Das berechtigt uns zu der Hoffnung, daß wir doch bald die geeigneten Männer haben werden.

Vor allem müßten Behörden und Bevölkerung vertrauensvoll zusammenarbeiten und wirken. Der Geist des Vertrauens fehlt noch, er muß wachgerufen werden. Die Bevölkerung wird leichter vertrauen, wenn sie weiß, daß die A.-R. ihr die Sicherheit durch Kontrolle geben. Je tüchtiger und erfahrener die A.-R. sind und je ernster sie ihre Arbeit auffassen, um so besser wird ihnen das Vertrauen und Verstehen zwischen Bevölkerung und Behörde gelingen. (Anhaltender Beifall.)

Der Beratung des Entwurfs gingen die Mittagspause und anschließend Fraktionssitzungen voraus. In der Fraktionssitzung unserer Genossen wurden Verbesserungsanträge eingebracht, beraten und angenommen.

Der Entwurf enthält 30 Paragraphen in 4 Abschnitten, betitelt: 1. Aufgaben, 2. Organisation, 3. Tätigkeit und 4. Kosten. Aus der angenomme-

nen Fassung, die sich im großen und ganzen an die bisherige Regelung hält, in als neu und bemerkenswert hervorzuheben, daß zulässig sowohl Betriebsanordnungen und Verfügungen der kontrollierten Behörde zur Rechtsgültigkeit der Gegenzeichnung des A.-R. der Behörde bedürfen. Die Gegenzeichnung darf nicht verweigert werden, wenn eine von einem A.-R. bereits gegengezeichnete Verfügung der höheren Behörde vorliegt. Ferner haben die A.-R. das Recht erhalten, an sämtlichen öffentlichen und geheimen Sitzungen ihrer Behörde mit beratender Stimme teilzunehmen und das Protokoll gegenzuzeichnen. Außer den bisher Wahlberechtigten und Wählbaren können auch selbständige Gewerbetreibende mit einem Einkommen bis 15 000 Mk. jährlich und sofern sie nicht mehr als drei Personen beschäftigen, zum A.-R. wählen und gewählt werden.

Diese Verbesserungsanträge waren von unserer Partei gestellt worden. Die U. S. P. hatte dagegen erklärt, sie wäre von dem Entwurfe (der uns ebenfalls unbekannt war) überrascht worden. Ohne ihn erst anberufe zu beraten, könnten sie sich auf nichts einlassen. Auch hoffen sie, daß der Berliner Rätekongreß ihnen eine bessere Geschäftsordnung schaffen werde.

Der durch unsere Abänderungsanträge verbesserte Entwurf der Geschäftsordnung wurde gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen und vom Reichskommissar genehmigt.

Daran schloß sich der Vortrag des Reichskommissars Winnig über die Stellungnahme der A.-R. zur deutschen Republik, den wir wegen Raummangels zurückstellen mußten.

Der zweite Rätekongreß.

Dritte Sitzung, Donnerstag, 9½ Uhr.

Berlin, 10. April.

Vorsitzender Heinichen: In Sachen Ledebour wurde uns vom Untersuchungsrichter beim Landgericht Berlin 1 mitgeteilt, daß er den Antrag auf Haftentlassung an den zuständigen Staatsanwalt weitergegeben habe. Vom Landgericht 1, Strafkammer 7, ging uns ein Schreiben zu, worin mitgeteilt wird, daß die siebente Strafkammer bei ihrem Beschluß vom 5. dieses Monats beharren bleibt. Es wird anheimgestellt, die Verteidiger Ledebours zu veranlassen, gegen den ihren Haftentlassungsantrag ablehnenden Beschluß das Rechtsmittel der Beschwerde einzulegen. (Ruf bei den Unabhängigen: Unverschämtheit!)

Dr. Rosenfeld macht darauf aufmerksam, daß sich hier immer eine Behörde hinter der anderen verschanze. Wenn es gar gehe, werde es Kammergericht in etwa 8 Tagen, also nach dem Schluß des Kongresses, seine Entscheidung fällen. Darum schlage er vor, eine Kommission zur Betreibung der Haftentlassung Ledebours, wie im Fall Brandes, einzusetzen. — Mit diesem Vorschlag erklärt sich der Kongreß einverstanden.

Buck (Soldatenrat) erhält das Wort, der

im Fall Brandes

eingesetzten Kommission: Wir haben Noske das ganze Material vorgetragen und waren uns darüber einig, daß, wenn mehr belastendes Material gegen Brandes vorliege, die Haftentlassung sofort verfügt werden müsse. Noske lenkte das zu und erklärte, es könne möglich sein, daß bei den ihm zugegangenen Mitteilungen Uebertreibungen waren. (Hört, hört!) Er werde sich in unserem Beisein sofort an den Untersuchungsrichter und Staatsanwalt in Moabit. Außerdem hat das Mitglied unserer Kommission, Rabler, von Major Gillis den Bescheid bekommen, daß heute schon die Verhandlungen über Brandes aufgenommen werden würden. Wir werden also heute den Bericht bekommen, ob er entlassen werden wird oder nicht. Noske hat sich sehr dafür eingesetzt und erklärt, er wünsche, wenn das Material nicht gar zu belastend für Brandes ist, daß er und die anderen sofort in Freiheit gesetzt werden.

Reichsernährungsminister Schmidt gibt namens der Regierung zu den

Vorgängen im Ostpreußen

folgende Erklärung ab: Die Regierung hat sich wiederholt bemüht, eine Verständigung mit Vertretern der Generalstreikenden herbeizuführen. Schon am 1. April wurde für Schwerarbeiter eine besondere Zulage an Lebensmitteln zugestanden, wenn die volle vereinbarte Schicht verfahren wird. Auf den Appell für die ordentliche Beerdigung sollte für die Woche eine Zulage von 50 Pfennig Speck gewährt werden; sie wird erfolgen, sobald die Forderung ein bestimmtes Normalmaß erreicht hat oder übersteigt. Die erste Rate kommt zur Verteilung, sobald die Vereinbarungen tatsächlich innegehalten werden seitens der Arbeiterschaft. Das Normalmaß wird unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern nach dem Durchschnitt der in den ersten zehn Monaten des vorigen Jahres geförderten Kohlen bemessen. Vertreter der Bergarbeiter haben zu erkennen gegeben, daß sie mit diesen Bemühungen unter den gegebenen Verhältnissen zufrieden seien. Soweit die Forderungen der Bergarbeiter auf rein wirtschaftlichem Gebiet stehen, ist die Reichsregierung bereit, auf Verständigung hinzuwirken. Und beim Reichsarbeitsministerium finden diese Bemühungen bereitwillige Unterstützung. Dagegen muß es die Regierung ablehnen, über allgemein politische Forderungen der Bergarbeiter Vereinbarungen zu treffen. (Hört, Hört! bei den Unabhängigen.) Die wirtschaftliche Lage ist derart, daß wir kaum die Möglichkeit besitzen, unser Volk im Lande zu ernähren. Jeder Generalstreik bringt uns dem Abgrund näher. Ohne Kohlen kein Brot! (Beifall.)

Laut Mitteilung eines Mitgliedes des Zentralrats sollen die Kongreßteilnehmer 35 Mark feste Tagegelder neben freier Reise erhalten, daneben auch Entschädigung für entgangenen Lohnverdienst bis zu 27 Mark pro Tag.

Nunmehr wird die

Beratung des Geschäftsberichts

fortgesetzt.

Seemann-Königsberg (Soz.): Wenn sich die Landarbeiter ebenso benehmen würden, wie unsere Industriearbeiter, stände es schlimm um das deutsche Volk; sie hätten eigentlich viel mehr Anlaß zur Verzweiflung noch der Behandlung, die ihnen noch heute von Landräten und Regierungspräsidenten zuteil wird, und doch ist ihr Verantwortungsgefühl sehr stark. Wenn Sie (zu den Unabhängigen) von einer Verzweiflung der Arbeiter reden, wo war dann Ursache dazu in Braunschweig und andern Orten, die unter Spartakusherrschaft stehen? (Lärm bei den Unabhängigen. Ruf: Du bist ja einer Vogel!) Wenn die Entente mit ihren imperialistischen Gelüsten auf Verstümmelung Deutschlands dringt, dann wird das deutsche Volk einmal die Unabhängigen verfluchen. Vom Zentralrat ist nichts geschehen für einen einheitlichen Ausbau des Rätesystems bezüglich der politischen Kontrolle. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Zentralrat der politischen Kontrolltätigkeit der Räte außerordentlich kühl gegenüberstand. Ich muß feststellen, daß von dem Tage an, wo die Soldatenräte als Vertreter der militärischen Macht von den Arbeiterräten getrennt worden sind, das Frechwerden der Junker datiert. Der Redner kommt dann auf die Verhandlungen des ostpreußischen Provinzialrates mit der russischen Sowjetregierung zu sprechen. Die betreffenden Telegramme haben wir der Reichsregierung übermittelt, die erklärte, daß sie unser Vorgehen nicht billigen könne mit Rücksicht auf die Entente. Ich frage die Reichsregierung, ob ihr Standpunkt heute noch derselbe ist, wie im Januar. Wir veranlaßten, da die Regierung keine Grenzschutztruppen hatte, selbst Werbungen; aber nachdem wir sahen, wie sich dieser Grenzschutz entwickelt hat (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.), haben einsichtlich beide sozialistische Parteien die Werbungen eingestellt. Die jetzt dort angeworbenen Truppen folgen lediglich den Befehlen ihrer alten Führer, die mit Orden geschmückt sind; es sind meist kleine Bauernsöhne, Grundbesitzer usw. Sie haben kein politisches Motiv, ihnen ist es gleichgültig, ob diese oder eine andere Regierung besteht. Daher kommen auch die Uebergriffe bei der Besetzung Königsbergs. Die alte Generalität hält sich an ihren alten Vorrechten fest, und unter dem Schutz dieser Truppen erhebt sich täglich frecher das Haupt der alten Reaktion, er lenken sich die Landräte Versammlungen, wie z. B. in Insterburg, abhalten und verweigern den Arbeiterräten jede Kontrolle dieser Versammlungen. An allen diesen Mißständen trägt die Hauptschuld die Uneinigkeit des Proletariats. (Sehr richtig!) Darum müssen wir versuchen, auf diesem Kongreß diese Uneinigkeit nach Möglichkeit auszugleichen und den Boden des ersten Kongresses, der auch der Zentralrat nicht zumachte, einzunehmen. Wir müssen in den Aufbau des Rätesystems und die Kommission der Rätekongresses einbauen, um die Kräfte des Proletariats zusammenzufassen. Wenn es gelingt, daß Ihr in die Tat umsetzt: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!", muß es uns gelingen, das Wort durchzuführen: „Proletarier Deutschlands vereinigt euch!". Dann werden wir die Trümmer des internationalen Sozialismus sein. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Der Vertreter des Reichswehrministeriums

Direktor Krüger, führt aus: Die Möglichkeit, einzelnen Gegenmaßnahmen nach Oberschlesien zu senden, war bei der Situation zahlreich zum Teil gegeben. Daß in einzelnen Fällen von Orten aus Sympathie, aus so weiche Stimmungen usw. bei den Führern der Unabhängigen und Kommunisten bestimmend die Anwerbung von Freiwilligen verhindert haben. Auf die Anfrage des Genossen Seemann, wie sich die Regierung gegenwärtig zu Verhandlungen mit der russischen Sowjetregierung stellt, möchte ich zur Antwort auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten Scheidemann und des Wehrministers Noske in der Nationalversammlung hinweisen, daß keine feindseligen Handlungen unsererseits beabsichtigt sind und die Reichsregierung den Wunsch hat, so schnell wie möglich unsere Truppen aus den baltischen Gebieten heraus zuholen, ebenso auch den Wunsch, die russischen Kriegsgefangenen, die infolge des Verbots der Entente noch in Deutschland bleiben müssen, so schnell als möglich heimzubefördern. Ebenso hat die Regierung den lebhaften Wunsch, auch mit der russischen Regierung, genau wie mit allen andern Völkern, freundschaftliche, wirtschaftliche Beziehungen wieder aufzunehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die russische Regierung davon Abstand nimmt, sich in innere deutsche Verhältnisse einzumischen.

Der Berliner Generalstreik war schon beschlossen, ehe überhaupt Regierungstruppen nach Berlin gekommen sind. Schon vorher wurden am Alexanderplatz Geschäfte geplündert, es wurde geschossen, im Norden Berlins wurden Polizeireviere besetzt und Schutzleute entwaffnet. Sollte die Regierung vielleicht warten, bis es so weit kam, wie im Januar, und erst öffentliche Gebäude von den Spartakisten besetzt wurden, bis Berlin in Händen von Plünderern war? Sie (zu den Unabhängigen) decken über diese Taten den Mantel der Nächstenliebe und regen sich aufs schlimmste auf, wenn gegen dieses Gesindel aufs schärfste vorgegangen wird. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Ich stelle fest, daß U.-S.-P. und Kommunisten den Generalstreik im März nicht nur künstlich hervorgerufen haben, sondern auch nichts getan haben, um Gewalttaten zu verhindern, sondern im Gegenteil alles bekämpften, was zur Schaffung von Ordnung unternommen wurde. Die große Mehrheit der Bevölkerung begrüßt das energische Vorgehen der Regierung. Uebergriffe der Regierungstruppen mögen vorgekommen sein, aber nur infolge der Erregung über die Uebergriffe von der andern Seite.

Es liegen folgende Anträge vor. Kolisch beantragt folgende Resolution:

„Der Rätekongreß bedauert die Politik, die einen kontinentalen europäischen Zusammenschluß und damit die wichtigste Voraussetzung eines sozialistischen Völkerbundes unmöglich macht. Er bedauert, daß das deutsche Volk in einen neuen Gegensatz zu dem französischen Volke hineingetrieben wird. Er verurteilt, daß der deutschen Oeffentlichkeit wichtige Tatsachen über die deutsch-französischen Beziehungen vorenthalten oder entstellt wiedergegeben werden."

Die Unabhängigen haben folgenden Antrag eingebracht:

„Der Rätekongreß beschließt, unverzüglich eine aus neun Personen bestehende Kommission aus seiner Mitte nach dem Sowjet-Rußland zu senden, um die dortigen Zustände einer objektiven Prüfung zu unterziehen. Ueber das Ergebnis dieser Studienreise ist dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten."

Schulze-Hannover (Soldatenrat) wendet sich dagegen, daß man die Soldatenräte aufgeben wolle.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Rätekongresses nimmt Reichsernährungsminister Schmidt die unabhängigen Sozialisten scharf an. Er fragte, ob man mit Genossen, die an einem Abend 32 Polizeibureaus gestürmt hätten, verhandeln könne, und warf ihnen vor, sie wollten durch Terrorismus die Welt in Trümmer legen, um auf diesen Trümmern ihr Reich aufzubauen. Als er ihnen dann in scharfer Weise Unwahrhaftigkeit vorwarf, entstand ein langanhaltender Tumult, so daß der Minister nur mit Mühe nach längeren Unterbrechungen zu Ende sprechen konnte. Im übrigen wurde die Sitzung mit einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den beiden sozialistischen Parteien ausgefüllt, zum Schaden des Proletariats und zur Freude der Gegner.

Die Angestellten.

Heute vermögen wir voraussichtlich die Entscheidung zu fällen, ob es in Berlin zu einem allgemeinen Streik der Angestellten kommt oder nicht. Von den Angestelltenausschüssen soll den Arbeitgebern die Forderung auf sofortige Bewilligung des Mitbestimmungsrechtes bei der Entlassung Angestellter vorgelegt werden. Bei Ablehnung der Forderung soll in sofort einzuberufenden Betriebsversammlungen der Eintritt in den Streik beschlossen werden.

Die Zentralstreikleitung will, wie der „Vorwärts" berichtet, nach Möglichkeit den Verkehr in Groß-Berlin in vollem Umfang aufrechterhalten. Die Angestellten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Krankenhäuser haben die dritte Weisung erhalten, weiter zu arbeiten. Auf die Angestellten der Lebensmittelversorgung wird dahin gewirkt, daß sie ihre Tätigkeit nicht unterbrechen. Anders liegen die Verhältnisse bei den Bureauangestellten der Kohlenfirmen und der amtlichen Kohlenstellen, die einen Demonstrationsstreik von zwei Tagen inszenieren wollen.

In Köln streiken in 45 großen Werken etwa 5000 Angestellte, in Leipzig brachen die Bankbeamten den Streik ab.

Parteinachrichten.

Genosse Reurina.

Der ermordete Kriegsminister Reurina ist am 14. Dezember 1879 in Harburg a. d. Elbe als Sohn eines unteren Bahnbeamten geboren und hat Volksschulbildung genossen. Er war erst Landarbeiter, später Werftarbeiter. Seit 1899 arbeitete er in Fabriken und später war er Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes. Nach seinem Eintritt in die Sozialdemokratie bekleidete er Vertrauensämter. 1904 kam er als Gewerkschaftssekretär und Gauleiter für Sachsen von Frankfurt a. M. nach Dresden. Seit Ausbruch der Revolution wurde er zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates und später zum Präsidenten des Vollzugsausschusses von Groß-Dresden gewählt. Als die Unabhängigen am 16. Januar aus der Regierung schieden, wurde er mit der Verwaltung des Ministeriums für Militärwesen betraut und am 20. Januar durch den Zentralrat für Sachsen in diesem Amte bestätigt.

Aus den Ostprovinzen.

Ein Notschrei aus Ohra.

In Ohra herrscht seit längerer Zeit eine Wohnungsnot, die aller Beschreibung spottet. Die Bevölkerung weiß weder aus noch ein. Arbeiterrat und Gemeindeverwaltung wissen nicht mehr, wohin sie mit den Wohnungslosen sollen. Man hat bereits die Freibank und die Leichenhalle mit wohnungslosen Familien belegt. Daß bei solchem Mangel an Unterkunft den Hauswirten der Kamm schwillt, ist verständlich. Sie erschweren denn auch noch den bedrängten Mietern ihr ohnehin hartes Los, indem sie bei jeder Gelegenheit klagen. Das Gericht gibt den Klagen in der Regel statt und hält den Beklagten, die es verurteilt, noch die Kosten auf. Die Arbeiterschaft ist recht beunruhigt. Ganz besonders ist sie das über das Vorgehen des Hausbesitzers Kurt Seifkorn in Ohra.

Der Arbeiterrat Ohra gibt sich die größte Mühe, diesem Uebelstand abzuhelfen und dem Wohnungswucher ein Ende zu bereiten. Es ist jedoch die höchste Zeit, daß von höherer Stelle aus für Remedur geschaffen wird und die größeren Wohnungen für die Arbeiterschaft zur Freigabe gelangen. Es ist auch bei uns in Ohra nicht nötig, daß einzelne Familien, wie die der Pfarrer, große Häuser bewohnen, in denen noch gut einige Familien unterzubringen wären. Es sind Häuser genug vorhanden, in denen obdachlose Familien untergebracht werden können. Die Gemeindeverwaltung hat sich bemüht, Baracken zu Wohnungszwecken zu kaufen. Sie ist jedoch nicht in der Lage, den geforderten hohen Preis zu zahlen. Wir fordern die Regierungsstellen auf, Besserung zu schaffen. Nur wenn das geschieht und die Hausagrarier den Bogen nicht zu straff spannen, kann eine weitere Beunruhigung der Ohraer Bevölkerung vermieden werden!

Dirschau. Ein Einbruch ist in der Nacht zu Sonntag im Geschäftszimmer der Dirschauer Brauerei verübt worden. Die Einbrecher haben versucht, durch Anbohren den Geldschrank zu öffnen, glücklicherweise vergeblich.

Marienburg. Der Eisenbahnerstreik in Marienburg hat manchem die Augen geöffnet. Viele Genossen haben eingesehen, daß sie Opfer einer planmäßigen Hetze waren. Um zu vermeiden, dem Bolschewismus direkt in die Arme zu arbeiten und daß die Entente den Streik als Mittel benutzen könne, um polnische Truppen in Danzig

Weiße Zähne erzielen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont. Vorzügliches Vorbeugungsmittel bei Bazillen-Infektion durch die Mundhöhle. Überall zu haben.

Feuilleton.

Germinal.

Roman von Emile Zola.

[illegible]

Dämmerlichte der Laternen so beängstigend gedehnt. Der Raum war kahl und schmutzig. Ein [illegible] Licht fiel durch die doublierten Fenster herein. Nur die Malerei mit ihren kupferbraunlichen Farben, die mit der bedämmerten, bläulichen Kohle [illegible] in Form gemischte Bänder; die Bilder in die Höhe, das [illegible] Gefälle, das [illegible] die Schwere der Hurde, ein das reichlich [illegible] Wasserfalle dem Saal mit dem [illegible] Figuren. Das Rollen der Wagen [illegible] Unterhalten des Fördermaschinen, während von der beleuchteten Kohle ein feiner Staub aufflog, der sich [illegible] auf den Fußboden, auf die Bänke, auf die Kleider der Anwesenden [illegible].

Das Glas [illegible] einen Blick auf die [illegible] Kohlenstücken [illegible] Dies [illegible] Herren zurückerinnerte [illegible] Sie [illegible] Widerschein der Flammen die Wände blutrot färbte. Die Leute grunzten vor Vergnügen; sie drehten ihren Rücken in entsprechender Entfernung und dampften wie heiße Suppe. Hatten sie sich rückwärts genügend gedreht, dann wandten sie dem Feuer den Bauch zu. Die Mouquette hatte ganz ruhig die Hose heruntergelassen, um ihr Hemde zu trocknen. Die Buriche trieben ihren Ulk mit ihr und lachten laut, weil sie ihnen plötzlich den Hintern zeigte, was bei ihr der höchste Ausdruck der Verachtung war.

— Ich wette, sagte Chaval, nachdem er seine Gewette in seinem Kopfe verwahrt hatte.

Niemand rührte sich. Bloß die Mouquette beeilte sich, ihm zu folgen, unter dem Vorwande, daß beide nach Montsou gingen. Doch da gab es neue Witze, denn man merkte, daß er sie nicht mehr wollte.

Catherine hatte inzwischen leise mit ihrem Vater gesprochen. Dieser hörte ihr erstaunt zu, dann nickte er zustimmend mit dem Kopfe. Er rief Etienne herbei, um ihm sein Packet zurückzugeben.

— Hören Sie, sagte er ihm leise, wenn Sie kein Geld haben, können Sie bis zum Halbmonatslohn lange verhungert sein. . . Wissen Sie, daß ich Ihnen irgendwo Kredit verschaffe?

Der junge Mann fand einen Augenblick verlegen. Er wollte gerade seine 30 Sous fordern und keiner wäre gegangen. Doch angesichts des Maheu wird er von Scham ergriffen. Sie sah ihn scharf an, plötzlich glaubte sie zu wissen, daß er die Arbeit scheue.

— Ich will Ihnen nichts versprechen, sagte Maheu weiter, heutzutage Tages werden wir eine abschlägige Antwort bekommen.

Etienne sagte nicht Nein. Er wird gewiß eine abschlägige Antwort bekommen, dachte er. Uebrigens verpflichtete ihn das an nichts; er wird ja nie immer weggehen können, nachdem er einen Bissen gegessen. Dann wieder verdroß es ihn, daß er nicht sein gelacht, als er die Freunde Maheus sah, die ihm freundschaftlich zulächelte, vielleicht darüber, daß sie ihm zu Hilfe gekommen. Was half ihm aber all dies?

(Fortsetzung folgt.)

landen zu lassen und die Eisenbahnstrecke nach Pommern zu besetzen, nahmen die Eisenbahner die Arbeit am 12. April wieder auf. Der bisherige Betriebsarbeiterrat wurde durch Neuwahlen ersetzt. Auch die Werkstättenarbeiter beschlossen die Wiederaufnahme der Arbeit mit 250 gegen 115 Stimmen. Ein Demonstrationszug begab sich auch vor den Geschäftsräumen der hyperkonservativen „Mecklenburger Zeitung" und verlangte dessen verantwortlichen Redakteur Gerhard Rahmann. Dieser versprach, in Zukunft objektiv zu berichten und nur bei den zuständigen Stellen Auskünfte zu holen.

Die Gasabgabe muß infolge der Stockungen im Bahnverkehr und der Bergarbeiterstreiks auf einzelne Stunden beschränkt werden.

Marienburg. Der Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Sitz Berlin, Ortsgruppe Marienburg, welche vor etwa 14 Tagen gegründet wurde und bereits über 60 Mitglieder zählt, hielt im „Kurfürsten" seine zahlreich besuchte erste Mitgliederversammlung ab. Bezirksleiter Loops aus Danzig hielt einen interessanten und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Entstehung, Zweck und Ziel der Verbände. Die Vorstandswahl ergab nachstehendes Resultat: Vorsitzender Schneider, Kassierer Matz, Schriftführer Plagowski, Beisitzende Schlisbenow und Fräulein Pauly. Beschlossen wurde, bei einigen hiesigen Behörden wegen Wahl von Angestelltenausschüssen vorstellig zu werden und die Monatsversammlungen am Montag nach dem ersten abzuhalten.

Elbing. Neue Vereinbarungen im Baugewerbe. Die Verhandlungen in der Lohnfrage, die für die Kreise Elbing Stadt und Land, sowie Marienburg dieser Tage stattfanden, haben zu folgenden Vereinbarungen geführt: Stundenlohn für Gesellen in Elbing 2,10 Mk., für Marienburg 2 Mk., Tiegenhof und Neuteich 1,90 Mk., Arbeiter 15 Pfg. weniger. Vorarbeiter erhalten 10 v. H. Zuschlag. Vollgesellen 15 v. H. Zuschlag zum Gesellenlohn. Die Vereinbarungen gelten auf ein Jahr.

Das Verkehrselend. Kaum war eine Besserung in dem Eisenbahnverkehr zwischen Elbing und Danzig eingetreten, schon wird aber wieder abgebaut. Der Danziger Personenzug, der 10.07 hier eintraf, wie auch der um 6.41 hier abfahrende, sind gestrichen. Die Nachwehen des Streiks machen sich bemerkbar.

Mohlau. In einer gut besuchten Versammlung sprach am 13. April Gen. Voelkner, der Gauleiter des Landarbeiterverbandes, über die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landarbeiters. Der Erfolg blieb nicht aus, 30 neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Lokales.

Vom Korps-Soldatenrat.

Kommt ich noch einmal auf die Welt
Wer'ch Korps-Soldatenrat
Dabei verdient man leicht viel Geld,
Exzenwel: Danzig Stadt.

Ich nenn' mich Mehrheitssozialist,
Das hebt mein Ansehn sehr,
Dann zahlt der russ'sche Bolschewist,
Der Pole noch viel mehr.

Dafür sprech' ich im Rät-Kongreß,
Was Raube mir notiert,
Riskier dabei 'ne große Freß,
Bin stolz, man applaudiert.

Der Raube ist ein feiner Mann.
(Beweisen kann mans nicht),
Mit Dankbarkeit erkennt er an
Was für ihn schreibt und spricht.

Ade nun Korps-Soldatenrat,
Ich säckle Judaslohn,
Pro Monat eine Heldentat,
Dann lohnt es sicher schon.

Was frag ich viel nach Ehr und Blut,
Wenn ich zufrieden bin.
Geld macht nicht und Vermögen gut
Wenn'ch „unabhängig" bin.

Soltes.

Streik im Gastwirtsgewerbe.

Die Streikleitung schreibt uns:

Im Gastwirtsgewerbe sind die Würfel gefallen. Die fortgesetzte ablehnende Haltung der Unternehmer hat heute früh die Arbeitseinstellung zur Folge gehabt.

In der gestrigen Versammlung für Organisationen, die von 500 Personen besucht war, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 15. d. M. im Restaurant Kaiserhof vom D. K. B. und Verband der G. G. gemeinschaftlich abgehaltene Mitgliederversammlung verurteilt das Verhalten der Kollegen, die sich außerhalb unserer Reihen gestellt haben, auf das schärfste und erwartet, daß diese von niedriger Gesinnung zeugende Handlungsweise sich nicht wiederholen wird.

Die Anwesenden erklären einmütig zu den Forderungen nach fester Entlohnung und Durchführung des Achtstundentages, gleichfalls treu zu ihren Organisationen zu stehen und ihren Weisungen zu folgen."

Alle Diskussionsredner sprachen sich einmütig für die Forderungen aus.

Die Antwort der Unternehmer ist die Schließung der Betriebe.

Heute vormittag 10 Uhr tagte eine öffentliche Versammlung im Kaiserhof, in der Stegmann über die Lage sprach. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 16. April vom Verband der Gastwirtsgehilfen und Deutschen Kellnerbund einberufene öffentliche Versammlung aller Angestellten im Gastwirtsgewerbe erklärt sich mit den getroffenen Maßnahmen der Organisationen einverstanden und verlangt gleichfalls sofortige Beseitigung des Trinkgeldsystems und Einführung fester Wochenlöhne für alle Angestellten der gastwirtschaftlichen Betriebe. Ferner verlangt sie strikte Durchführung des Achtstundentages und des wöchentlichen 36stündigen Ruhetages.

Alle Anwesenden verpflichten sich, Mitglieder der Organisationen zu werden und deren Weisungen in jedem Falle Folge zu leisten.

Die Versammlung erklärt einmütig, diesen von den Unternehmern gewollten Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen."

Ueber die Lage der Angestellten

führte Genosse Stegemann aus: Die Ablehnung der Ablösung des Trinkgeldes durch Wochenlöhne habe die Kellner zum Streik getrieben. Es zeugt von einer Gesinnungsroheit der Arbeitgeber, eine so selbstverständliche Forderung abzulehnen, ganz abgesehen von dem Logis- und Eßzwang. Verwanzte Bodenräume und feuchte Kellerräume sind die Behausungen derjenigen Unglücklichen, welche unter solch unwürdigen Verhältnissen arbeiten müssen. Und das bei Leuten, die an einer Tasse Kaffee, welche 40 Pf. kostet, 36 Pf. verdienen.

Die Arbeitgeber wollen uns vier Wochen aussperren, mögen sie es tun. Wir erwarten dann von den Behörden, daß die leerstehenden Zimmer als Notwohnungen erfaßt werden. Mit welchem Haß uns etliche Arbeitgeber gegenüberstehen, sieht man daraus, daß der Herr Hinz, Besitzer des Bürgerschützenhauses, sagt, daß er uns Lumpen gar nicht braucht, sondern auch ohne uns arbeiten könne. Dieses sagt ein Mann, welcher an einer von uns veranstalteten Festlichkeit 10 000 Mark verdient hat. (Ein Zwischenruf eines Streikbrechers führte zum Hinauswurf desselben.)

Die ausständigen Kellner richten an die Bevölkerung Danzigs die Bitte, die Lokale, in denen Streikbrecher beschäftigt werden, zu meiden.

Es wurde ein Demonstrationszug zum Vollzugsausschuß, zum Magistrat und zu den noch arbeitenden Betrieben beschlossen, um die noch arbeitenden Kollegen zu bewegen, auch die Arbeit niederzulegen.

Es sprachen noch die Herren Homann und Gadeng. Die nächste Versammlung findet morgen um 10 Uhr im Kaiserhof statt.

Der von uns schon genannte Kellner Dyalla arbeitet als Streikbrecher im Café Seidel, Breitgasse und bedrohte unsere Kollegen mit einer Pulldogge und Hundepeitsche!

Die Verhandlungen im Baugewerbe.

Am Montag sollte in Danzig im Artushof, Langgasse, über die Orte Dirschau, Pelplin, Pr. Stargard und Mewe zwecks Abschlusses eines neuen Tarifvertrages verhandelt werden. Die Verhandlungen verliefen zum Teil ergebnislos. Vereinbart wurde, da die Unternehmer von Dirschau zu den Verhandlungen nicht erschienen waren, daß am Mittwoch, den 16., in Dirschau mit den dortigen Unternehmern verhandelt werden soll. Die Orte Pelplin, Pr. Stargard und Mewe werden am 17. in Graudenz verhandeln, weil die Vertragsgebiete Schwetz und Marienwerder mit hinzugezogen werden sollen.

Die Orte Schöneck, Karthaus, Neustadt und Putzig sollten am Dienstag in Danzig verhandeln. Die Unternehmer von Putzig fehlten. Die Verhandlungen über die anderen Orte verliefen erfolglos. Die Unternehmer machten Angebote, die nicht im entferntesten der heutigen Zeit entsprachen. Diese Herren scheinen aus der Revolution wenig oder gar nichts gelernt zu haben. Auch an diesen Orten soll in der nächsten Woche noch einmal verhandelt werden.

Der Landesvorstand, der sich immer so stolz auf seine Mitglieder beruft, zeigte aus dieses Mal, wieder seine Einflußlosigkeit auf seine Mitglieder. Hilflos stand er da. Darum zurück zu den örtlichen Verhandlungen.

Ueber die Stadtverordnetenwahlen

gab Baugewerksmeister Ehm in einer Versammlung des Verschönerungsvereins einen Ueberblick. Er sagte darin u. a.:

„Die Sozialdemokraten würden voraussichtlich etwa 26 Stadtverordnetensitze erhalten. Der Hausbesitzerverein, Bürgerverein und die Freie Vereinigung hätten nun beschlossen, dafür einzutreten, daß die bürgerlichen Parteien ihre Listen verbinden, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit erhalten. Der Hausbesitzerverein hatte bisher 27 Sitze inne. Diese Zahl wird erheblich zusammenschrumpfen. Es werden nur noch die führenden Personen hineinkommen. Die Demokraten werden voraussichtlich die Stadtverordneten Caskel, Fiebing und Ehm, die Nationalen Brunzen, Lange und Bauer, das Zentrum 2 bis 3 der alten Stadtverordneten übernehmen."

Die Herren rechnen also bereits mit einem Massenabzug bürgerlicher Stadtväter. Sache der Sozialdemokratie ist es, dafür zu sorgen, daß er in einer Weise kommt, wie ihn diese Herren nicht erwarten.

Hafenbauamt Neufahrwasser.

Die Leute beneiden die Arbeiterschaft des Hafenbauamts, da sie Tabak und Speiseöl bekommen. Ja, wenn sie diese schönen Dinge nur erhielten! So aber wird das alles hinter dem Rücken der Arbeiter an die Beamten verteilt. Kommt einmal irgendjemand dahinter, so heißt es, das geschehe, weil die Beamten schlechter entlohnt würden wie die Arbeiter. Ebenso ist das Holz von der Westerplatte wieder nur an die Beamten bis zu 2 Raummeter stillschweigend verkauft worden, wo es sonst in anderen Jahren 14 Tage vor dem Verkauf öffentlich bekanntgemacht wurde. Uns dünkt, die alten Zeiten waren in diesem Fall die besseren und es erscheint uns notwendig, durch schnelles Eingreifen die gerechte Verteilung aller Artikel zu sichern.

Partei-Generalversammlung. Alle Parteimitglieder, die es ernst mit ihrer politischen Ueberzeugung halten, müssen unbedingt an der Generalversammlung, die am Donnerstag abend 7 Uhr im Bürgergarten, Schidlitz, stattfindet, erscheinen.

Die Uebung des „Freien Sängerchors" (gemischter Chor) Neufahrwasser am Donnerstag den 17. April, muß wegen der zu gleicher Zeit stattfindenden Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Danzig ausfallen.

Verein „Arbeiter-Jugend" trifft sich heute, Mittwoch abend, in der Turnhalle der Mädchenschule Weidengasse zu einer geselligen Zusammenkunft.

Herr Mau ist nicht zur Tür hinausgegangen. So bestätigen mehrere Genossen, die an der Tür des Versammlungslokals in Neufahrwasser gestanden haben. Die Anschuldigungen gegen ihn wurden erhoben. Zehn unserer Genossen, die sie jederzeit bezeugen wollen, haben sie gehört. Wir halten bei Veröffentlichung des Vorkommnisses keineswegs die Absicht, uns näher mit der Person des Herrn Mau zu befassen. Es handelte sich bei uns nur darum, die Stimmung der Versammlung zu charakterisieren.

Volkshochschule Danzig. Trotz der Osterferien wird Dr. Werner Donnerstag, 17. April, Prof. Seligo Sonnabend, 19. April, und Dr. Zirt Mittwoch, 23. April, lesen.

Mg. **Die Nahrungskartenstelle** bleibt am Karfreitag auch für die Reiseabfertigung geschlossen. An den Osterfeiertagen ist das Reisebureau wie an den Sonntagen von 10—12 Uhr geöffnet.

Nicht genehmigte Ersatzlebensmittel. DieÖkereiinhaberin Frida Mediger in Danzig verkaufte 4 Päckchen Pfefferersatz, der nicht genehmigt war. Das Schöffengericht verurteilte sie zu 20 Mark Geldstrafe und Einziehung der Päckchen.

Wasserstandsnachrichten am 16. April 1919.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 2,15	+ 2,18	Piekel	+ 2,58	+ 2,45
Fordon	+ 2,07	+ 2,03	Dirschau	+ 2,88	+ 2,78
Culm	+ 2,08	+ 2,05	Einlage	+ 2,50	+ 2,50
Graudenz	+ 2,28	+ 2,19	Schiewenhorst	+ 2,42	+ 2,50
Kurzebrack	+ 2,70	+ 2,64	Wolfshorst	− 0,16	− 0,10
Montauerspitze	+ 2,48	+ 2,35	Anwachs	+ 1,02	+ 1,17

Letzte Nachrichten.

Gegen Braunschweig.

Berlin, 15. April. (Voss.) General Mercker rückt mit seinem Landesjägerkorps von Magdeburg nach Braunschweig ab. Er hat über Braunschweig Flugblätter abwerfen lassen, in denen er den Anmarsch der Regierungstruppen ankündigt und mitteilt, daß er jeden bewaffneten Widerstand rücksichtslos niederschlagen werde. Für das Mercksche Korps sind Teile des Landesschützenkorps, die unter Befehl des Generals von Rödern stehen, in Magdeburg eingetroffen.

Eine Eier-Revolte.

Heilsberg, 15. April. (W. T. B.) Infolge Eiermangels kam es hier unter den Hausfrauen zu Unruhen, die so bedrohlichen Charakter annahmen, daß der Belagerungszustand verhängt und Militär zur Herstellung der Ordnung und Ruhe herbeigerufen werden mußte. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Die öffentliche Sicherheit konnte wieder hergestellt werden.

Mitteldeutscher Verkehrsstreik.

Berlin, 15. April. Welche Blüten die Streiksucht treibt, zeigt ein Streik in Halberstadt. Dort sind die Werkstättenarbeiter der Eisenbahn für 48 Stunden in einen Streik eingetreten und haben dadurch den ganzen Durchgangsverkehr der Eisenbahndirektion Magdeburg unterbunden. Zweck des Streiks ist, zu erreichen, daß Halberstadt in eine höhere Lohnklasse versetzt wird, und darum die weittragende Verkehrsstörung.

Standesamt vom 15. April.

Todesfälle: Ingenieur Johannes Götte, 27 J. 11 M. — T. d. im Felde gefallenen Hauptmanns Wilhelm Fischer, 7 J. 4 M. — Kriegsinvalide Franz Orlowski, 28 J. 10 Monate. — Invalide Karl Jufus, 62 J. — S. des Schneidergesellen Johann Mogilski, 1 J. 7 M. — S. des Installateurs Anton Puff, 1 J. 4 M. — Witwe Marie Gusowski geb. Radike, 82 J. 6 M. — Witwe Henriette Schlesselbein geb. Großmann, 85 J. 2 M. — S. des Arbeiters Franz Lüdermann, 6 J. — Witwe Minna Fichtenstein geb. Leiser, 80 J. 1 M. — S. des Arbeiters Adam Szalczok, 8 M. — S. d. Baugewerksmeisters Johann Haase, 13 J. 2 M.

Danzig-Langfuhr.

Todesfälle: T. des verstorbenen Arbeiters Anton Hallmann, 9 M. — Schneider Ersatz-Reservist im Gren.-Regt. Nr. 5 Karl Ritter, 34 J. 3 M. — Privatier Friedrich Klein, 80 J. 3 M. — T. des Sergeanten Wilhelm Kowitz, 12 Std. — Unverehelichte Schneiderin Ottilie Gruhba, 21 J. 6 M. — S. des Schlossers Paul Thiel, 4 Std. — Kutscher Kanonier im Garde-Reserve-Feldart.-Regt. Adalbert Hippel, 29 J. — Fabrikarbeiterfrau Gertrud Freytag geb. Lebenstein, 40 J. — Unehelich: 1 S., 1 T.

Verantwortlich für Redaktion: Karl Böttcher; für Inserate: Bruno Schmidt; Verlag: J. Gehl u. Co.; Druck Buchh. u. Co. in Danzig.

Fada-Waschpulver zarte Wäsche!

Amtl. Bekanntmachungen.

Am 1. März 1919 sind durch die Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle folgende Bekanntmachungen erlassen:

1. R. 10 (R. St. I d 15 092) betr. Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art.
2. R. 20 (R. St. I d 15062) betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kunstwolle und Kunstbaumwolle aller Art.
3. R. 30 (R. St. I d 15 092) betr. Höchstpreise für Kunstwolle aller Art.
4. R 40 (R. St. I d 15 092 betr. Allgemeines Reisewerbot.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern sowie durch öffentliche Anschläge bekanntgemacht worden. Abdrucke sind bei der Kriegsamtstelle Abt. I d, Danzig, Drehsmarkt 2—3, kostenlos erhältlich. (2095

Danzig, den 4. April 1919.

Kriegsamtstelle

Die Jagdnutzung in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Gemarkung Danzig-Heubude, in Größe von etwa 166 bis 35 ar, beabsichtige ich von sofort auf 6 Jahre, d. i. bis 31. Dezember 1924, öffentlich meistbietend

am Montag, den 5. Mai 1919, vormittags 11 Uhr, im weißen Saal des Rathauses, hierselbst, zu verpachten.

Die Pachtbedingungen liegen vom 16. bis 30. April 1919 in der III. Geschäftsstelle des Magistrats, Jopengasse 28, öffentlich aus. Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der Auslegefrist beim Bezirksausschuß in Danzig Einspruch erheben.

Danzig, den 12. April 1919. (2057

Der Jagdvorsteher.
von Kolkow, Stadtrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Die Jagdnutzung in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk Danzig-Troyl, in Größe von etwa 200 bis 42 ar beabsichtige ich von sofort auf 6 Jahre, d. i. bis 31. Dezember 1924, öffentlich meistbietend

am Montag, den 5. Mai 1919, vormittags 11 Uhr, im weißen Saal des Rathauses, hierselbst, zu verpachten.

Die Pachtbedingungen liegen vom 16. bis 30. April 1919 in der III. Geschäftsstelle des Magistrats, Jopengasse 28, öffentlich aus. Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der Auslegefrist beim Bezirksausschuß in Danzig Einspruch erheben.

Danzig, den 12. April 1919. (2056

Der Jagdvorsteher.
von Kolkow, Stadtrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Die Nahrungskartenstelle

bleibt am Karfreitag auch für die Reiseabfertigung geschlossen.

An den Osterfeiertagen ist das Reisebureau wie an den Sonntagen von 10—12 Uhr geöffnet.

Danzig, den 16. April 1919. (2084

Der Magistrat.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Thorn.

Anmeldung der Dienstboten.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß Haushaltungsvorstände, sofern sie für Dienstpersonal wechseln, dieses unter Angabe des Vor- und Zunamens binnen 3 Tagen dem städtischen Vermittlungsamt I, Culmer Straße 16, Zimmer 8, anzuzeigen haben. Von auswärts kommendes Personen muß der Lebensmittelkartenabmeldeschein vorgelegt werden. Die neuen vertretene Ansicht, daß, wenn an Stelle des ausgetretenen Dienstboten ein anderer eintritt, keine Anmeldung erforderlich ist, ist irrig.

Zuwiderhandlungen werden nach § 8 der Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Marienwerder vom 29. Juli 1918, betreffend den Verbrauch von Fischen auf Grund der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 (R.-G.-Bl. S. 430) bestraft. (2019

Thorn, den 9. April 1919.

Der Magistrat.

Uhren werden innerhalb 10 Tagen gut u. preiswert repariert in der Spezialwerkstatt für Uhren u. Goldwaren von Bruno Brosmann, 3. Damm 11, 1. (2507

Einpolstern von Sofas und Matratzen, Anbringen von Gardinen und Dekorationen führt aus (1165 Paul Unkel, Dekorateur, Altstädt. Graben 76.

Verkauf gut gearb. Chaiselongues, Sofas, Garnitur. Umänderungsarbeiten u. Reparaturen werd. a. Heizungsanl., Wasserleitung, Klosetts u. Badeeinricht. prompt und billig ausgeführt, auch Schlosserarb. werden angenommen. Schlosserei Otto Blank, Poggenpfuhl 64. (1067

Zöpfe! Zöpfe! kaufen zu Fabrikpreisen Haar-Körner Danzig, Kohlenmarkt 18-19, Telephon 2278. (21

Krätze! ärztl. Heilmittel, geh. 2 Tg. o. Berufsstör. 30000 f. bem. Mon. üb. 100 Heil. Rückp. Personenangab. Sproedt, Bochum 404, Postfach 199 (Z (1762

Bettnässen Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Sanis Berlag München 521.

Terror Wänse- und Ratten-Bazillus m. Witterung hervorragend verwahrt.

Terror Radikal-Pulver gegen Schwaben, unfehlbar und geruchlos.

Terror Pulver gegen Wanzen und Flöhe nebst Brut, geruchlosestes Radikalmittel.

Gründliche Ausstattungs-Präparate Alleinvertreter H. Jagels, Danzig, Fischerei 36, 3 r. Wiederverkäuf. erh. Rabatt

Schmuck Ersatzteile Perlen Zöpfe Unterlagen Puppenperücken stets in Massen vorrätig Anfertigung (2060 an. Zopf- u. Perückenfabrik Rob. Kleefeld, Breitgasse 6, am Holzmarkt

Gut. Betriebs- und Apothekenbier, größ. Posten zu vergeben. R. Liedtke, Danzig, Paradiesgasse 8-9. (2023

Moderne illustrierte Zeitschriften Buchhdl. Volkswacht.

Kleiderstoffe für Konfirmanden offerieren in großer Auswahl zu vorteilhaften Preisen Ertmann & Perlewitz Kaufhaus am Holzmarkt.

Altertümliche Gegenstände jeder Art kauft Paul Geyer, Jopengasse Nr. 11.

Zu Kochöfen (2486 werd. neue Böden eingesetzt alle Klempnerarb. preiswert. G. Plotzki, Klempnermstr., Schüsseldamm Nr. 11.

Der Klugschieter Humorist. Wochenzeitung. Neue Nummer eingetroffen. Bestellungen Fischertadt 55.

Mein Kontor Langermarkt Nr. 40 ist wieder geöffnet.

Ich bitte meine Abnehmer Danzig-Stadt, sich mit den bevorstehenden Kundenanmeldungen, Aufträgen u. Wünschen freundlichst nach dort bemühen zu wollen. Kontor Karthäuser Straße bleibt unverändert bestehen.

Robert Siewert Nachf. Karthäuser Straße 125—128, Telephon Nr. 241 und Nebenanschlüsse. Langermarkt 40, 1. Et.

Herren-Filzhüte, neueste Form in schönen Farben
Herren-Haarhüte in wundervoll hellen Farben
Herren-Mützen in blau und farbig
Einsegnungsmützen in ganz guten Stoffen.
Alles zu soliden Preisen.
Hut-Haus, Olen Damm Nr. 10.
Achten Sie genau auf die Hausnummer. (2342

Danziger Stadttheater.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 16. April 1919, abends 6 Uhr.
Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Dauerkart. C 2.

Margarethe (Faust).

Große Oper in 5 Akten von Barbier und Carré.
Musik von Charles Gounod.
Spielleitung: Dr. Otto Lange.
Dirigent: Kapellmeister Emil Drielen.

Personen:
Faust . . . . . Fritz Stein
Mephistopheles . . . . . Paul Seebach
Margarethe . . . . . Marg. Brüggemann
Valentin, Soldat, ihr Bruder . . . Nicolaus Schwarz
Martha, Nachbarin . . . . . Ida Bilitz
Siebel . . . . . Lotte Kalk
Brander . . . . . George Harder
Soldaten, Volk, Bürger, Erscheinungen.
Im 3. Akt: Blumenwalzer (mit der von Ch. Gounod dazu nachkomponierten Musik.
Anfang 6 Uhr. — Ende 9¼ Uhr.

Donnerstag abend 8 Uhr: Erstes Gastspiel Vina Bollen vom Lessing-Theater in Berlin: Charlotte Ellenlis. Erhöhte Preise. Jugend- und Dauerkarten haben keine Gültigkeit. — Freitag: Geschlossen. — Sonnabend abend 8 Uhr: Zweites und letztes Gastspiel Vina Bollen vom Lessing-Theater in Berlin: Der Strom. Erhöhte Preise. Jugend- und Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Bildungsveranstaltung Hintergasse 16.

Heute 7 Uhr!
Neu! Neu!

Das neue große Oster-Programm.
Noch nie hier! Noch nie dagewesen!
Paro's dressierte Hunde.
Etta und 2 Partner.
Der weibliche Propeller Bach u. Etta in ihrem komischen Akt.
3 Warinos 3
Zahnkraft-Akrobatik-Akt u. der weiteren
5 Gesangs-Spezialitäten 5
Vorverkauf beim Portier Hotel Danziger Hof.

Bürgerschützenhaus.

Gr. Aller — Inh. Rich. Sünn

Täglich:

Leipziger Sänger

Abwechslungsreiches, derzeitiges Sonntags-Programm und das vorzügliche Konzertpublik. Kapellmeister Herdemerten.

Beginn des Konzerts: 6 Uhr.
Beginn der Vorstellung: 7 Uhr.
Nach 10 Uhr: Kabarett.

Sozialdemokrat. Verein Ostbg.

Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, d. 17. April, im Ostbauer Vereinshaus.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (2697
Schriftliche Einladungen werden nicht versandt. Mitgliedskarte ist mitzubringen.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Gastwirtsgehilfen!

Die Arbeitgeber haben die von uns gestellten Forderungen nicht bewilligt, infolgedessen sind die Gastwirtsgehilfen in den Streik eingetreten. (2693

Wir bitten unsere Kollegen, die betreffenden Betriebe auf das Strengste zu meiden.

Verband Deutscher Kellnerbund.

Die Nacktheit!

(2692

Kunstfreunde, Kunstliebende und Kunsthandelnde sprechen. Serien von Bildern [illegible] Kunst [illegible] Kunst [illegible] Spezialfirma Kunst & Bilder, Mottlau 82, reinste, Breitbr. 66.

Von Militärmänteln

[illegible] Herren-Ulster [illegible] Kinder-Mäntel [illegible]

Julius Salberg, 2. Damm Nr. 6, 1 Tr.

Lohnender Nebenverdienst

[illegible] Kriegsinvaliden durch Vertrieb der [illegible]

Verlag der „Volkswacht"
Danzig, Heilige Geistgasse Nr. 23.

Guter Verdienst!

Straßenverkäufer u. Verkäuferinnen für den Verkauf der Volkswacht auf den Straßen und allen Betrieben finden ein

„Volkswacht"
Danzig, Paradiesgasse Nr. 32.

Schneider

[illegible] Schneider

Walter & Fleck
Danzig, [illegible]

Zeitungsträgerinnen

für Zeitungsbezirke zum Verkauf der Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Donnerstag, den 17. April 1919, abends 6 Uhr, im Bürgergarten, Schidlitz, Karthäuserstraße

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht. 3. Vorstandswahl.
4. Berichte und Neuwahlen: a) des Bildungsausschusses, b) des Jugendausschusses.
5. Parteiangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt. **Der Vorstand.**

Auskunft unfruchtbar!

Schwerhörigkeit

Ohrenleiden, Ohrenschmerz 33 jährig. bewährt, patentamtl. geschützt. Ohrtrommeln, Bequem u. unsichtbar zu tragen. Gläns. Anerkennung. Sonst Verf. Mündens 331 1899

Apotheker Kießners

Zahnschmerzstillendes Pulver „Dentiopurin", Nerven-Elixier „Bollsam", Asthmamittel „Asthmapurin", Migränelaft „Morphor", Blutreinigungsmittel „Saponvitillen".
Pharmaz. Laborat. Osmark, Danzig, Tischlergasse 68.
Zu haben in allen Apotheken.
Niederl. Engel-Apotheke, Tischlergasse 68. (1420)

Annahme von Inseraten u. Abonnements

Paradiesgasse 32.

OSTER ANGEBOT

Außergewöhnlich preiswerte

Handschuhe
Strümpfe

Damenhandschuhe vorzügl. Qualitäten in Zwirn, Halbseide und Seide.

Damenhandschuhe Glacé, Nappa und Dänisch, gute, bewährte Qualitäten.

Herrenhandschuhe Zwirn, Glacé, Nappa, dauerhafte Verarbeitung.

Damenstrümpfe Deutsch lang, echt schwarz, Ia Baumwolle.

Damenstrümpfe Ia Seidenflor, vollständ. Ersatz f. Seide, schwarz, weiß u. farbig.

Kinderstrümpfe besonders haltbarer Schulstrumpf.

Freymann.

Herren-Anzüge
Herren-Mäntel
Konfirmanden-Anzüge
Mädchen-Kleider
Mädchen-Mäntel

Herren-Hüte

empfehlen in reichster Auswahl zu äußerst mäßigen Preisen

Herren-Moden **Walter & Fleck** *Herren-Moden*

(2616

Regenschirme

— eigene Fabrikation —

Spazierstöcke

Spezialabteilung: **Lederwaren**

Größte Auswahl. — Billigst berechnete Preise.

Schirmfabrik Steffen

Große Wollwebergasse Nr. 8.

2618

Schulen und Unterricht.

Volksbildungskurse

der Gesellschaft f. soziale Reform Ortsgruppe Danzig.

Die zweite Reihe unserer Volksbildungskurse beginnt am Montag, den 28. April. Es werden Lehrgänge abgehalten in Kurzschreiben, Kurzschrift (Stenographie), Rechnen u. Geometrie für Anfänger u. Fortgeschrittene, Sprachlehre, Literatur, Volkswirtschaftslehre, Gesellschaftslehre, Volkswirtschaftspolitik, Pflanzenkunde, Physik, Chemie, Kinderpflege, Kindererziehung.

Die Dauer der Lehrgänge ist auf 2 Monate bemessen. Der Unterricht findet nachmittags von 6–8 Uhr statt. Für jeden Lehrgang sind 4.— Mk. zu entrichten.

Auskunft wird erteilt und Anmeldungen werden entgegengenommen bis zum 24. April, nachmittags von 5–6 Uhr, Töpfergasse 33, 2 Tr., Zimmer 19.

Der Vorsitzende. Dr. Grünhagen.

Zuschneide-Kurse

für Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei zum Beruf und Hausbedarf.

Aufnahme täglich. — Auskunft frei. (+
Höchstpreisgekröntes leichtfaßliches System.
Auch Schnell- und Meisterkurse.
Zeugnisse nach Absolvierung. Stellenvermittlung für Direktricen und Zuschneider.

Zuschneide-Schule Dir. Ed. Lippke,
Langgasse 35, 1. Fernruf 1234.

Herren-Anzüge

L. Jsraelski
Kohlenmarkt 11.

Praktiziere ab 1. März mit Herrn

dr. med. Reinberger

Spezialarzt für Zahn- und Mundkrankheiten.

Erich Mewald
Spezialist (1772
für Zahnersatz
Tel. 7671 Stellvertreter 71, 1
Sprechzeit v. 8–7 Uhr.